

Dringender Appell an Politik und Selbstverwaltung in der Corona-Pandemie:

Aussetzen der nicht unbedingt notwendigen Bürokratie

Die Deutsche Gesellschaft für Medizincontrolling appelliert an die Politik und die Gemeinsame Selbstverwaltung, die nicht der unmittelbaren Patientenversorgung dienenden administrativen Aufgaben sofort und weitgehend auszusetzen. Durch diese Entlastung können dringend benötigte personelle Ressourcen in Behandlung und Verwaltung tätiger Ärzte und Pflegekräfte mobilisiert werden. Die bislang administrativ gebundenen personellen Kapazitäten werden in Anbetracht der akuten Corona-Pandemie dringend für die Versorgung von Patienten benötigt!

- Ausgesetzt werden müssen die extrem personalaufwendigen Abrechnungsprüfungen. Gegebenenfalls können Stichprobenprüfungen in der zweiten Jahreshälfte rückwirkend die Korrektheit der Abrechnungen verifizieren.
- Die Zahlungsfrist für übermittelte Rechnungen muss auf einen bundeseinheitlichen kurzen Zeitraum vereinbart werden, um Liquiditätsengpässe in den Kliniken zu vermeiden.
- Rechnungsrückweisungen und damit verbundene zeitintensive Abstimmungen zwischen Kassen und Krankenhäusern müssen ausgeschlossen werden.
- Aufrechnungen der Krankenkassen und Sanktionszahlungen müssen ausgesetzt werden, um die Liquidität zu sichern.
- Die externe Qualitätssicherung muss pausiert werden, da sie massiv die ärztliche und pflegerische Expertise bindet, welche am Krankenbett benötigt wird.
- Die geplanten Strukturprüfungen müssen verschoben werden, bis die Pandemie beherrscht ist.

Gefordert ist von allen Beteiligten ein pragmatisches und kooperatives Vorgehen mit absolutem Fokus auf die Sicherstellung bestmöglicher Versorgungskapazitäten für die Bevölkerung.

Dr. Nikolai von Schroeders
Vorstandsvorsitzender

Prof. Dr. Erika Raab
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

18. März 2020

Deutsche Gesellschaft für Medizincontrolling